Bundesrat

Drucksache 161/22 (Beschluss) (neu)

20.05.22

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung des Verbots der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch (§ 219a StGB), zur Änderung des Heilmittelwerbegesetzes und zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch

Der Bundesrat hat in seiner 1021. Sitzung am 20. Mai 2022 zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme nicht beschlossen.